

391 Wiener Rathaus Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Montag, 10. Dezember 1917. No 391.

Die Herabsetzung der Butterpreise. Die Höchstpreise für ausländische Butter wurden vom heutigen Tage angefangen mit K 2.14 (paketierte Ware) für 12 dkg festgesetzt.

Zum 80. Geburtstag Wilczek's. Vom Medailleur Josef Tautenhayn wurde zum 80. Geburtstag des Grafen Hans Wilczek eine Medaille entworfen, welche auf der Vorderseite das wohlgelungene Portrait Wilczek's, welcher dem Künstler mehrere Sitzungen gewährte, trägt, während auf der Rückseite ein Bild der im Besitze Wilczek's befindlichen Burg Kreuzenstein zu sehen ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über aktuelle Fragen.

In einer heute abgehaltenen Versammlung des christlich sozialen Wählervereines in Hernals sprach Bgm. Dr. Weiskirchner über eine Reihe von aktuellen Angelegenheiten, von denen die Ausführungen über die Gestaltung des Verkehrsproblems in Wien von besonderem Interesse sind.

Ausgehend von der Waffenruhe an der russischen Front, sprach er von der Sehnsucht aller Völker nach einem endlichen Aufhören des unseligen Kriegsgemetzels und brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass der Waffenstillstand einen allgemeinen Frieden dem erschöpften Europa bringen werde. Die militärische Lage auf sämtlichen Kriegsschauplätzen sei ausserordentlich günstig; leider könne nicht auf ebensolche Verhältnisse im Hinterlande namentlich in der Grosstadt hingewiesen werden. Es sei ja selbstverständlich, dass nach fast 3½ Kriegsjahren die Versorgung der Bevölkerung sich immer schwieriger gestaltet und die opferwillige Bevölkerung war einsichtsvoll genug, sich diesen Schwierigkeiten nicht zu verschliessen. Der jetzige Notstand berge aber Gefahren in sich, zu deren Abwendung alle Kräfte zusammengefasst werden müssen. Er habe deshalb die Wiener Abgeordneten in das Rathaus geladen, nicht um seine Verantwortung abzuwälzen, sondern um die Abgeordneten zu informieren, damit sie im Parlamente sich voll und ganz für das Interesse der Stadt Wien einsetzen, welches infolge seiner grossen Bevölkerung viel mehr zu leiden habe, als die anderen Bevölkerungskreise. Der Bürgermeister besprach sodann die Versorgung der Stadt Wien, insbesondere mit Kohle und Kartoffeln, welche letztere verhältnismässig befriedigend sei, so dass mit einer Kopfquote von 1½ kg während des Winters sicher gerechnet werden könne. Sollte jedoch an eine Kürzung der Mehlquote geschritten werden müssen, so werde von der Regierung unbedingt zu verlangen sein, dass die Kartoffelverbrauchsmenge erhöht werde. Der Bürgermeister besprach sodann die Notlage des Gewerbestandes, welchem die Gemeindevertretung fortgesetzt ihre vollste Fürsorge zuwenden werde, neben welchen die Festbesoldeten in öffentlichen und privaten Stellen am meisten unter den Folgeerscheinungen des Krieges zu leiden haben. Die Aufbesserung der Bezüge der städtischen Beamten habe notgedrungen eine Erhöhung der Tramwaytarife und der Preise für Gas, elektrisches Licht und elektrische Kraft zur Folge gehabt, diese Preiserhöhung habe aber ihre Grenzen. Das glänzende Programm Dr. Lueger's hinsichtlich der Komunalisierung der Betriebe zur Erzeugung von Licht und Kraft habe sich in jeder Hinsicht bewährt und bis zum Kriege die Bevölkerung vor der Erhöhung der

städtischen Steuerzuschläge bewahrt. Im Kriege seien die Kohlenpreise und die Frachttarife gestiegen und im Parlamente werden Steuervorschläge erörtert, welche die von den städtischen Werken zu entrichtende Steuer von 600.000 Kronen auf 3 Millionen Kronen hinaufschrauben sollen. In Deutschland sei bereits eine Kohlensteuer eingeführt, welches Beispiel in Oesterreich vielleicht nachgeahmt werden wird. Er wolle daher heute schon gegen eine Besteuerung der zur Gaserzeugung dienenden Kohle Stellung nehmen. Sozialpolitische Gründe fordern die Ausdehnung des Gasverbrauches im Haushalt und in den gewerblichen Betrieben. Das Kochen mit Gas verbillige die Kosten des Haushaltes, spare Zeit und sei viel reinlicher als die Kohlenfeuerung. In gewerblichen Betrieben werde die Arbeit durch die Gasmotoren erleichtert, die Arbeitsmethode und das Erzeugnis verbessert. In hygienischer Beziehung bedeute jede Steigerung der Gasverwendung die wirksamste Bekämpfung der Rauch- und Russplage und damit die Beseitigung der Gesundheits- und Sachschäden der Grosstadt. Wenn aus diesen so wichtigen Gründen die Erhöhung des Gasverbrauches angestrebt werde, so sei eine namhafte Erhöhung der Gaspreise damit nicht vereinbar. Die Regierung sollte daher im eminenten volkswirtschaftlichen Interesse die Gaserzeugung in den Gemeindebetrieben fördern und dies könnte durch eine begünstigende Ausnahmsstellung im Falle der Kohlensteuer geschehen, was in Deutschland verabsäumt wurde. Ähnlich liegen die Verhältnisse im städtischen Elektrizitätswerke. Die Erhöhung der Strompreise müsste naturgemäss eine Erhöhung der Strassenbahntarife nach sich ziehen. Dies sei nur ein kleiner Ausschnitt aus der künftigen Finanz- und Steuerpolitik, der aber allein schon beweise, dass ohne zielbewusste Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung diese Fragen nicht befriedigend gelöst werden können. Es müsse ferner darangegangen werden, die Verwaltung einfacher und zweckdienlicher zu gestalten und er rechne hierbei auf die verständnisvolle Mitarbeit der Beamtensorganisation. Die Lösung müsse sein, wenige, aber gut bezahlte tüchtige Beamte.

Der Bürgermeister besprach die verschiedenen während des Krieges getroffenen Massnahmen, welche ergriffen wurden, um die kommende Friedensarbeit vorzubereiten, insbesondere die Schaffung des städtischen Wohlfahrtsamtes, des Wohnungsamtes, des städtischen Jugendamtes, des Arbeiterfürsorgeamtes, der Zentralstelle für die Tuberkulosebekämpfung und besprach sodann das Wiener Verkehrsproblem, dessen grosszügige Lösung eine der nächsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung bilden werde. Wenn Dr. Luger durch die Verstaatlichung der Strassenbahnen, deren Elektrifizierung und Ausgestaltung die Grundlage für den grosstädtischen Verkehr gelegt habe, so müsse nunmehr getrachtet werden, die Elektrifizierung der Stadtbahn durchzuführen, deren Betrieb in die Verwaltung der Stadt zu übernehmen, den Bau von Untergrundbahnen zur Unterstützung einer weitausgreifenden Wohnungs- und Besiedelungspolitik in Angriff zu nehmen. Der Bürgermeister erklärte, er strebe ein städtisches Verkehrsmonopol an, das den Interessen der Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen habe. Die Linienführung der Stadtbahn wurde seinerzeit von der christlichsozialen Partei bekämpft und jetzt noch leiden wir an dem chronischen Defizit des Betriebs, welches im Rahmen des zusammengefassten Verkehrswesens nicht mehr aufscheinen wird. Auch die Untergrundbahnen werden am Anfang nicht rentabel sein, sie werden aber die Grösse der Stadt und ihrer Weiterentwicklung dienen. Er wisse sehr wohl, dass diese Pläne nicht von heute auf morgen erfüllt werden können, aber jetzt schon vorbereitet werden müssen, soll nicht wieder zu spät gekommen werden.

Mit einem Apell, der Gemeindeverwaltung auch weiterhin das volle Vertrauen zu schenken, schloss der Bürgermeister seine mit grossem Beifall aufgenommene Rede.

Todesfall. Am 7. ds. starb das Auschussmitglied der Genossenschaft der Anstreicher und Lackierer Armentrat Johann Kopestinsky im 59. Lebensjahr. Das Leichenbegängnis findet morgen (Dienstag) 10 Uhr nachmittags von der Aufbahrungskapelle des Zentralfriedhofes aus statt.